Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1876

20.12.1876 (No. 302)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 20. Dezember.

№ 302. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1876.

Auf das mit dem 1. Januar beginnende erste Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands, des Elsasses und der Schweiz, die Expedition sowie die betreffenden HH. Agenten fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, die Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf., in Karlsruhe 3 Mark 50 Pf. Insertionsgebühr 18 Pfennig die gespaltene Petitzeile.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Amtlicher Theil.

Seine Majestät der **Kaiser und König** haben mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordres vom 12. d. Mts. Allergnädigst geruht, den zur Dienstleistung beim Kriegsministerium kommandirten Hauptmann v. **Funck** à la suite des 4. Westphälischen Infanterie-Regiments Nr. 17, unter Beförderung zum überzähligen Major, in das Kriegsministerium zu versetzen und

vom 2. Bataillon (Karlsruhe) 3. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 111 den Vice-Wachtmeister **Waag** zum Secondelieutenant der Reserve des Badischen Train-Bataillons Nr. 14 zu befördern.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Pesth**, 18. Dez. Graf **Andrassy** bleibt bis Weihnachten hier. Neueren Dispositionen zufolge begeben sich die ungarischen Minister nicht nach Wien, da man der Rückkehr des Kaisers hierher entgegensieht.

† **Rom**, 18. Dez. Der Papst hat ein **Konsistorium** abgehalten, in welchem die Ceremonie des Mundschließens und Mundöffnens bei dem Kardinal Simeoni vor sich ging, und ferner 14 neue Bischöfe, darunter 5 in partibus, ernannt wurden.

† **Washington**, 18. Dez. Aus der dem Kongreß mitgetheilten Korrespondenz über die Frage der Auslieferung von kriminell angeklagten Personen zwischen der Union und Britisch-Amerika geht hervor, daß Staatssekretär Fish davon abgesehen hat, die **Auslieferung** von strafrechtlich verfolgten **Amerikanern** zu beantragen und ebenso auch die Auslieferung der verfolgten **Kanadier** ablehnte.

---

† **Wien**, 18. Dez. Die „Polit. Corresp." meldet aus Belgrad: Die **serbische** Regierung ist auf die Forderung Oesterreichs, den Vorfall auf dem österreichischen Dampfer „**Radetzky**" durch eine gemischte Kommission untersuchen zu lassen, eingegangen und hat feierlich zugesagt, die eventuellen Schuldigen mit aller Strenge zu bestrafen. In Belgrad betrachtet man die Verlängerung des **Waffenstillstandes** bis zum 1. März als unmittelbar bevorstehend.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. Dez. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin haben Sich heute Vormittag 11 Uhr zum Besuch Ihrer Majestät der Königin von Schweden nach Heidelberg begeben und sind am Abend hierher zurückgekehrt.

Karlsruhe, 19. Dez. Die Sektion **Amsterdam** des „**Vereins für Förderung des Gewerbfleißes in den Niederlanden**" beabsichtigt in den Monaten Juni, Juli und August 1877 bei Gelegenheit der allgemeinen Versammlung zur Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Vereins, in Amsterdam **eine Ausstellung** von Erzeugnissen der Niederländischen Kunstindustrie zu veranstalten, zu dem Zweck, die Anwendung der Kunst auf das Gewerbe zu zeigen.

Mit dieser Ausstellung soll verbunden werden eine auf sämmtliche die Ausstellung betreffenden Gegenstände sich erstreckende **internationale Konkurrenz**, zu welcher ausländische Fabrikanten und Kunsthandwerker eingeladen und denjenigen ausgestellten Objekten, an welchen Zweckmäßigkeit und künstlerische Schönheit sich am vollkommensten vereinigt finden, außer einer goldenen oder silbernen Medaille noch Preise bis zu 1000 fl. N.C. in Aussicht gestellt werden.

Inländische Künstler und Vertreter des Kunsthandwerks werden mit Interesse von dieser öffentlichen Konkurrenz Kenntniß nehmen, über deren nähere Bestimmungen die Landes-Gewerbehalle in den Stand gesetzt ist, Auskunft zu ertheilen. Da der Termin für die Anmeldung der Betheiligung an dieser Preisbewerbung, wie aus dem erst jetzt bekannt gewordenen Programm ersichtlich ist, bereits mit dem 1. Januar 1877 abläuft, so müßte eine Entscheidung jedenfalls sehr rasch getroffen werden.

A. **Berlin**, 16. Dez. Der neuernannte Conseilpräsident des französischen Ministeriums, Jules **Simon**, hat bezüglich seiner allgemeinen Politik namentlich Deutschland gegenüber scheinbar die befriedigendsten Versicherungen gegeben. Indessen wird abzuwarten sein, ob für die Folge diese Phrasen sich auch auf der Höhe der Thatsachen befinden, da Hr. Jules Simon notorisch bisher zu den prononcirtesten Feinden Deutschlands, namentlich Preußens, gehörte und in seinen bisherigen Kombinationen eine allgemeine europäische Koalition gegen Preußen stets eine hervorragende Rolle spielte.

Ueber die Abwicklung der bevorstehenden parlamentarischen Sessionen des neuen preußischen Landtages und des neuen, im künftigen Januar zu wählenden Reichstages ist man in Regierungskreisen der Meinung, daß der preußische Landtag etwa zum 15. Januar zusammentreten und dann nur eine kurze Session von höchstens 2 Monaten abhalten werde. Gleich darauf wird sodann der Reichstag zusammentreten; ja es könnte sogar möglich sein, daß beide Körperschaften noch gemeinsam kurz vor Schluß der Landtags-Session Sitzungen abhalten, wie das ja bereits in früheren Jahren der Fall gewesen. Jedenfalls soll zu Anfang des Monats März der Reichstag zusammenberufen werden und hat man hierfür auch bereits bei der Festsetzung des Etats des Deutschen Reiches für das erste Quartal 1877 Sorge getragen, indem man bei dem Quartalsetat bereits die Ausgaben des Reichstags, soweit sie sich auf die Sitzungen dieser Körperschaft beziehen, um ein bedeutendes höher in Ansatz gebracht hat, als dies nach den Durchschnittssätzen des allgemeinen Etats nothwendig war. So hat man z. B. zur Remunerirung von Stenographen, Stenographenschreibern und von Hilfsarbeitern für den Bureau-, Kanzlei-, Bibliothek- und Botendienst 16,166 M. 50 Pf. mehr in Ansatz gebracht, als der Durchschnitt pro Quartal in den früheren Jahren ergibt. Dasselbe ist geschehen bei den Ausgaben für den Ankauf der stenographischen Berichte, Schreib- und Packmaterialien, Druckkosten, Heizungs- und Beleuchtungsmaterialien, Reinigung der Lokalitäten, Buchbinderarbeiten u. s. w., für welche ein Mehr von 46,375 M. in Ansatz gebracht ist. Endlich hat man auch bei der Position für die Entschädigung der Privat-Eisenbahnen Deutschlands für die freie Fahrt der Reichstags-Abgeordneten die Summe von 38,250 M. über den Quartals-Durchschnittsbetrag in Ansatz gebracht. Insgesammt belaufen sich diese Mehrforderungen für das erste Quartal auf 100,541 M. 50 Pf.

♂ **Berlin**, 17. Dez. Die gestrige Soirée beim Fürsten Bismarck war außerordentlich zahlreich besucht. Die Stimmung des Reichskanzlers war in Folge des abgeschlossenen Kompromisses eine offenbar freudige. Er empfing den Abgeordneten Miquel mit den Worten: „Friede sei ihr erst Geläute." Später äußerte der Reichskanzler, daß er einen hohen Werth auf das Zustandekommen der Justizgesetze lege und stets gelegt habe, daß jedoch schwere sachliche Bedenken ihn ohne den gelungenen Ausgleich gezwungen haben würden, verschiedene Beschlüsse des Reichstages unbedingt abzulehnen. Die Stellung eines verantwortlichen Staatsmannes sei eine andere als die der Abgeordneten, von dieser Stellung sehe man auch bei sonstiger gründsätzlicher Uebereinstimmung viele Fragen mit anderen Augen an, als vom Standpunkt eines Abgeordneten. Das Gebiet der auswärtigen Politik berührte der Fürst weniger. Doch hob er mit Genugthuung hervor, daß er als eines der schönsten Ergebnisse seiner bisherigen Wirksamkeit betrachte, daß ganz Europa seiner Offenheit und Aufrichtigkeit vollen Glauben schenke und ihm keinerlei geheime Hintergedanken zutraue, davon habe er sich in den neuesten Phasen der auswärtigen Politik vollauf überzeugen können.

Die Kommission für Retorsionszölle gelangte in ihrer gestrigen Abendsitzung nicht ohne lebhaftes Widerstreben der Freihändler zur Schließung der Generaldiskussion. Obwohl wiederholt Schlußanträge gestellt wurden, ist zur späten Stunde erst der letzte mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen worden. Der Reichskanzleramts-Präsident Hofmann und mehrere Kommissäre wohnten der Sitzung bei. Montag tritt die Kommission in die Spezialdiskussion, nachdem die Schutzzöllner sich vergeblich bemüht, für heute eine Sitzung anzuberaumen. Die Mehrheit im Reichstage ist jedenfalls dafür, daß das Gesetz über die Ausgleichsabgaben nicht mehr zur Berathung im Plenum gelangt.

A. **Berlin**, 18. Dez. (**Reichstag. 33. Sitzung.**)

Präsident v. **Forckenbeck** eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen. Am Tische der Bundeskommissäre: die Minister Dr. **Leonhardt**, v. **Fäustle**, v. **Mittnacht**, **Turban** und **Abeken**, ferner die Geh. Räthe v. **Amsberg**, Dr. v. **Liebe**, Dr. **Stephan** und eine sehr große Anzahl anderer Kommissäre. — Die Plätze im Hause sind sehr zahlreich besetzt, die Tribüne überfüllt. Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung, die dritte Berathung der **Justizgesetze**, zunächst des Ge-

---

Ein Plagiar.

Von **Friedrich Gerstäcker**.

(Fortsetzung aus Nr. 297.)

Don Augustin ließ den Brief, als er geendet, erschöpft auf sein Knie niedersinken, und nur die Worte „mein Sohn — mein Sohn!" rangen sich krampfhaft aus seiner Brust. Don Jose ging indessen mit raschen Schritten und gesenktem Haupt durch das Zimmer. Wie er endlich wieder vor dem Freund stehen blieb, sagte er mit bewegter, aber immer noch halb unterdrückter Stimme:

„Wie er jenen Buben in die Hände gefallen ist, begreife ich nicht. Er verließ gestern Abend, wie gewöhnlich und noch vor völlig eingebrochener Dunkelheit, unser Haus, um den letzten Zug nach Tacubaya zu benutzen. Die Straßen sind in dieser Zeit ja noch belebt, und der Zug selber hält nirgends unterwegs an."

„Und wenn er den Zug nun versäumt hat und im Begriff war, den nicht übermäßig langen Weg zu Fuß zurückzulegen?" sagte der Vater, angstvoll zu dem Freund aufsehend; — „oh, ich habe ihn so gebeten, das nie zu thun und lieber hier in Mexiko in irgend einem Hotel zu übernachten."

„Das wäre der einzig mögliche Fall," nickte Don Jose nachdenkend mit dem Kopf. „Wir leben ja hier jetzt in so verzweifelten Zuständen, daß man es kaum am hellen Tage wagen darf, die Stadt allein zu verlassen. Aber was dann? dann haben sie den unglücklichen jungen Mann auch wirklich — woran ich noch zweifelte — in die Berge geschleppt, und es wird uns nichts übrig bleiben, als die Summe einfach in der angegebenen Weise zu zahlen."

„Und denken Sie an den neulichen Fall," sagte Guitierrez entsetzt, „wo die Buben einen solchen Unglücklichen zwangen, den Brief an seine Eltern zu schreiben und sie um Lösegeld zu bitten, um ihn dann mit kaltem Blut zu ermorden. Oh, um Gott! um Gott! vielleicht lebt mein armer, unglücklicher Sohn schon gar nicht mehr."

„Unsinn," sagte Arvilla, unwillig mit dem Kopf schüttelnd; „welchen Gedanken geben Sie sich jetzt hin! Dem Gesindel ist es darum zu thun, Gold zu gewinnen und keine weitere Gefahr dabei zu laufen, der Fall aber gerade, den Sie erwähnen, hat jenen Herren bewiesen, daß sie doch nicht ungestraft Alles thun können. Sie wurden erwischt und gehangen, und das war jedenfalls eine gute Lehre für den Rest. Nein, eine Wiederholung dieser wahrhaft teuflischen Grausamkeit haben wir, eben nach jenem einen Beispiel, nicht so leicht zu fürchten. Ich möchte nur nicht den Canaillen das Gold in den Rachen stopfen, wenn ich eben einen anderen Ausweg sähe."

„Aber was können wir thun?" klagte Guitierrez.

„Ich war vorhin beim Polizeidirektor," sagte Arvila.

„Um der heiligen Jungfrau willen!" rief Don Augustin erschreckt; „wenn die Buben das erfahren, und sie haben überall ihre Spione, so ist mein armer Sohn verloren.

„Haben Sie keine Angst," sagte Arvila, „ich mußte ihn doch um Rath fragen, und bat ihn dabei, hier in der Stadt alle möglichen Plätze, wo etwas Aehnliches ausgeführt werden könnte, sorgfältig überwachen zu lassen. Dabei aber haben wir selber gar nichts weiter zu thun, oder wären in irgend einem Entschluß, den wir fassen wollen, behindert."

„Und was gedenken Sie zu thun? — purissima! wenn meine Frau eine Ahnung von dem Entsetzlichen bekommt, muß ich das Schlimmste fürchten, denn sie war in der letzten Zeit schon so außergewöhnlich aufgeregt."

„Ich weiß es in diesem Augenblicke noch nicht," sagte Arvila, indem er sich in tiefem Sinnen die Stirn rieb; „das Alles ist so rasch, so furchtbar rasch gekommen, und die Entscheidung drängt dabei so und gibt uns kaum Raum zum Ueberlegen. Lassen Sie uns nur ein paar Stunden wenigstens die Sache überdenken — ich will Bastiani aufsuchen. Er ist von Allen, die ich kenne, der Tüchtigste und am meisten Praktische und kennt auch so viele Menschen in der Stadt —"

„Und was soll das uns nützen?"

„Ich weiß es selber nicht, aber wenige Stunden können jetzt und dürfen keinen Einfluß haben, denn wir müssen uns vor allen Dingen vorsehen, um nicht unüberlegt zu handeln."

„Und wenn wir nun zum Präsidenten selber —"

„Nein," unterbrach ihn Arvila; „Juarez würde außer sich sein und alle Kräfte in Bewegung setzen, um die Räuber ausfindig zu machen, dadurch aber vielleicht gerade Juan's Leben gefährden, und was nützt es uns dann, wenn auch jene hernach ihre Strafe erhalten?"

„Nein, Sie haben Recht!" rief auch Guitierrez jetzt rasch. „Der Präsident ist zu hitzig und starrköpfig — er könnte nur Alles verderben; — oh, mein Gott, mein halbes Vermögen wollte ich ja mit Freuden geben, wenn ich den Jungen wieder wohl und sicher in meiner Wohnung hätte — Mexiko! Mexiko! das schönste Land der Erde, und nichts als eine Höhle für Mörder und Räuber — oh, daß ich fortgezogen wäre, schon lange, lange in ein anderes, friedlicheres Land."

„Verzweifeln Sie nicht, Guitierrez," sagte Arvila freundlich; „die Sache ist gewiß nicht so gefährlich und wird mit Geld abzumachen sein."

„Und sind wir nicht ganz in die Hände dieser Schurken gegeben, und dürfen wir glauben, daß sie ihr Wort halten?"

„Ich glaube, daß das gerade in ihrem eigenen Interesse liegt," sagte Arvila, „denn nur dadurch können sie hoffen, einer allgemeinen Verfolgung zu entgehen. Sie werden ihr Wort halten, aber — wenn Sie meinem Rath folgen wollen, so sprechen Sie mit Niemanden über die Sache, denn Sie können ihr nichts nützen und vielleicht nur schaden."

„Aber ich komme doch mit Keinem jenes Gesindels in Berührung," sagte Guitierrez, unwillig mit dem Kopf schüttelnd.

„Wir haben Gesindel in allen Schichten der mexikanischen Gesellschaft, amigo," sagte Arvila ruhig, „und was wir geheim halten wollen, dürfen wir deßhalb Niemanden, oder doch nur unseren allerintimsten Freunden anvertrauen."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

richtsverfassungs-Gesetzes. — Der Präsident schlägt vor, die Generaldiskussion mit derjenigen über die Strafprozeß-Ordnung gleichzeitig zu verbinden, nimmt jedoch davon Abstand, nachdem Dr. Windthorst hiergegen Widerspruch erhebt.

Abg. Miquel, als Referent der Kommission, leitet die Debatte ein, indem er einen Gesammtüberblick über die Differenzpunkte mit dem Reichstag und der Regierung gibt. Nachdem der Bundesrath zu den Beschlüssen der zweiten Lesung des Reichstags Stellung genommen, hatte die nationalliberale Partei es für ihre Pflicht gehalten, festzustellen, ob der Bundesrath sein letztes Wort gesprochen habe oder ob nicht vielmehr noch eine Verständigung herbeizuführen sei. Es habe sich um die Frage gehandelt, ob der Reichstag dem Lande und der Nation einen Dienst erweise, durch Annahme der Justizgesetze in ihrer nach der Verständigung mit der Regierung herbeigeführten Feststellung oder aber durch ihre Ablehnung und ihr Hinausstoßen in's offene, unbekannte Meer. Die Partei habe sich dahin entschieden, daß es unter allen Umständen geboten sei, die Justizgesetze zu Stande zu bringen und endlich die lang ersehnte Rechtseinheit im Deutschen Reich herbeizuführen. Die Forderung trete gebieterisch heran, und deßhalb habe er mit seinen Freunden eine Verständigung herbeizuführen gesucht, welche in einem vorliegenden Antrage ausgesprochen sei, dessen Annahme er im Interesse des Reichs und der Nation empfehle. Dieser Antrag lautet folgendermaßen:

I. Zum Gerichtsverfassungs-Gesetz. 1. Den § 69 dahin zu fassen: „Soweit die Vertretung eines Mitgliedes nicht durch ein Mitglied desselben Gerichts möglich ist, erfolgt die Anordnung derselben auf den Antrag des Präsidenten durch die Landes-Justizverwaltung. Die Beiordnung eines nicht ständigen Richters darf, wenn sie auf eine bestimmte Zeit erfolgte, so lange das Bedürfniß, durch welches sie veranlaßt wurde, fortdauert, nicht widerrufen werden. Ist mit der Vertretung eine Entschädigung verbunden, so ist diese für die ganze Dauer im Voraus festzustellen. Unberührt bleiben diejenigen landesgesetzlichen Bestimmungen, nach welchen richterliche Bestimmungen nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden können, sowie diejenigen, welche die Vertretung durch ständig angestellte Richter regeln." 2. Unter Streichung des § 81 einen besonderen § 5 a. zum Einführungsgesetz des Gerichtsverfassungs-Gesetzes zu beschließen: „§ 5 a. Unberührt bleiben die bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften über die Zuständigkeit der Schwurgerichte für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen." 3. Den Titel XI zu streichen.

II. Zum Einführungsgesetze des Gerichtsverfassungs-Gesetzes. 1. Den § 1 so zu fassen: „Das Gerichtsverfassungs-Gesetz tritt im ganzen Umfange des Reichs an einem durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths festgesetzten Tage, spätestens am 1. Okt. 1879 gleichzeitig mit der im § 1 a. des Einführungsgesetzes der Civilprozeß-Ordnung vorgesehenen Gebührenordnung in Kraft." 2. Den § 10 so zu fassen: „Die landesgesetzlichen Bestimmungen, durch welche die strafrechtliche oder civilrechtliche Verfolgung öffentlicher Beamten wegen der in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung ihres Amts vorgenommenen Handlungen an besondere Voraussetzung gebunden ist, treten außer Kraft. Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, durch welche die Verfolgung der Beamten entweder im Falle des Verlangens einer vorgesetzten Behörde oder unbedingt an die Vorentscheidung einer besonderen Behörde gebunden ist mit der Maßgabe: 1. daß die Vorentscheidung auf die Feststellung beschränkt ist, ob der Beamte sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse oder der Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung schuldig gemacht habe; 2. daß in den Bundesstaaten, in welchen ein oberster Verwaltungs-Gerichtshof besteht, die Vorentscheidung diesem, in den anderen Bundesstaaten dem Reichsgericht zusteht." — 3. Dem § 16 einen Absatz 2 hinzuzufügen: „Für diejenigen Bundesstaaten, in denen die im § 17 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes bezeichneten Behörden bestehen, und nach Maßgabe der Vorschriften in § 17 Nr. 1—4 einer Veränderung ihrer Einrichtung und des Verfahrens bedürfen, kann die Veränderung, sofern sie nicht bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes landesgesetzlich getroffen ist, durch landesherrliche Verordnung eingeführt werden." — 4. Die §§ 22—25 zu streichen.

III. Zur Strafprozeß-Ordnung. 1. Den Absatz 2 des § 7 zu streichen. 2. Den § 54 zu streichen. 3. Den § 100 so zu fassen: „Zulässig ist die Beschlagnahme der an den Beschuldigten gerichteten Briefe und Sendungen auf der Post, sowie der an ihn gerichteten Telegramme auf den Telegraphenstationen, desgleichen ist zulässig an den bezeichneten Orten die Beschlagnahme solcher Briefe, Sendungen und Telegramme, in Betreff deren Thatsachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß sie von dem Beschuldigten herrühren oder für ihn bestimmt sind, und daß ihr Inhalt für die Untersuchung Bedeutung habe." — 4. Den Absatz 3 des § 149 so zu fassen: „Bis zu demselben Zeitpunkte kann der Richter, sofern die Verhaftung nicht lediglich wegen Verdachts der Flucht gerechtfertigt ist, anordnen, daß den Unterredungen mit dem Vertheidiger eine Gerichtsperson beiwohne." — 5. Den Eingang des § 171 so zu fassen: „Ist der Antragsteller zugleich der Verletzte, so steht ihm gegen diesen Bescheid u. s. w." — 6. Die §§ 301 Abs. 3 und 380 zu streichen. — 7. Im § 492 Abs. 2 a., hinter „wenn" zu setzen: „nach Maßgabe des § 489"; b. (§§ 489, 490) zu streichen. — 8. Den Abs. 2 des § 501 so zu fassen: „Die dem Angeschuldigten erwachsenen nothwendigen Auslagen können der Staatskasse auferlegt werden." — 9. Im § 507 den zweiten Satz des Abs. 1 so zu fassen: „War das Rechtsmittel u. s. w., so können die dem Beschuldigten erwachsenen nothwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegt werden."

IV. Zum Einführungsgesetz der Civilprozeß-Ordnung einen besondern § 1 a. aufzunehmen: „Das Kostenwesen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wird für den ganzen Umfang des Reichs durch eine Gebührenordnung geregelt.

Abg. v. Saucken-Tarputschen. Wir stehen allerdings an einem Wendepunkt unserer Geschichte, den er aber bedaure. Er habe sich vorgenommen, die politische Situation, in der man sich gegenwärtig befinde, zu beleuchten! Es sei wohl Niemand im Hause, der nicht das Zustandekommen der Justizgesetze wünsche, nur weiche er von der Ansicht Miquels dadurch ab, daß er nicht zustimmen könne, daß dies Zustandekommen unter allen Umständen in dieser Session erfolgen müsse. Das sei gerade kein Bedürfniß des Volkes. Er stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkte, welchen Dr. Lasker im Jahre 1874 einnahm, als er erklärte, es sei nicht unbedingt geboten, daß diese Gesetze schleunigst zu Stande gebracht würden. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Wenn ein Mann von solchem Charakter, wie Fürst Bismarck, erkläre, gewisse Punkte in den Beschlüssen der zweiten Lesung seien ihm unannehmbar, und wenn er jetzt diese Punkte für annehmbar erkläre, dann müsse das Volk einsehen, daß diese Punkte ihrer wesentlichsten Grundlagen entkleidet seien. (Bravo.)

Selbst Abg. Wehrenpfennig, der im deutschen Volke nicht in dem Rufe zu großen Radikalismus steht, habe in der zweiten Lesung erklärt, daß die in Rede stehenden hervorragenden Punkte unverbrüchlich festgehalten werden müßten. (Bravo!) Und jetzt komme man mit Anträgen, welche die wichtigen Punkte dennoch beseitigen. Das sei der deutlichste Beweis, daß die nationalliberale Partei nicht mehr eine liberale, sondern eine Regierungspartei sei. (Widerspruch und Beifall.) Gründe werde man ja genügend finden für ein solches Verhalten, denn wenn man sich einmal mit seiner Unterschrift verpflichtet habe, dann finde man auch Gründe, und wenn man sie sollte vom Himmel herunter holen. Die zweite Lesung habe das Bild einer Gelehrten-Kommission geboten, die dritte biete ein Theaterschauspiel. (Bewegung.)

Präsident (den Redner unterbrechend). Der Redner werde sich wohl überzeugt haben, daß das Wort „Theaterschauspiel" zu weit gehe.

Abg. v. Saucken-Tarputschen gibt dies zu und fährt dann fort: Wenn es nicht darauf ankäme, eine Niederlage zu erleiden, dann hätte man auch einen anderen Kompromiß abschließen können. Die parlamentarische Würde sei durch diesen Kompromiß nicht gewahrt. Man habe hier in zweiter Lesung scharf debattirt und Beschlüsse gefaßt, der Bundesrath habe dabei gesessen und vergnüglich die Debatte mit angehört. Das Haus habe ferner Beschlüsse gefaßt, welche geradezu eine Niederlage des Bundesrathes dokumentirten. Ein konstitutionelles Ministerium würde nach einer solchen Niederlage nicht im Amte geblieben sein. — Der Bundesrath sei geblieben, habe an seinen früheren Ansichten festgehalten, denn er habe ja gewußt, daß, wenn er an seinen Ansichten festhalte, man ihm von Seiten des Hauses selbst mit nachgiebigen Beschlüssen entgegen kommen werde. Woher wisse denn Hr. Miquel, daß der Bundesrath auf seine Anträge auch wirklich eingehe? Die Fortschrittspartei finde sich gar nicht veranlaßt, dem Bundesrathe nachzugeben und überlasse die Verantwortung dafür, wenn die Justizgesetze nicht zu Stande kommen, ganz allein dem Bundesrathe und dem Reichskanzler. Man habe hier gesagt, das Haus müsse einen konstanten Willen und eine feste Ueberzeugung in diesen Fragen haben. Hier sei die Gelegenheit, diesen konstanten Willen und diese Ueberzeugung zu dokumentiren, indem man an den früheren Beschlüssen festhalte. Der Antrag Miquel beweise, daß der Reichskanzler wieder die Situation und die Menschen richtig beurtheilt habe, und daß er wiederum aus diesen Differenzen als Sieger hervorgegangen sei. Man dürfe nicht so mit den wichtigsten Interessen des Volks verfahren. Die schöne Aufgabe der Volksvertretung sei es, zu verhindern, daß schlechte Gesetze zu Stande kommen. Hier sei es geboten, diese Aufgabe voll und ganz zu erfüllen. Die Fortschrittspartei habe in zweiter Lesung vielfach gegen die Beschlüsse der Majorität gestimmt, jetzt aber halte sie sich für verpflichtet, an den Beschlüssen der zweiten Lesung bei der Schlußabstimmung festzuhalten. Es ist gesagt worden, die Justizgesetze sollen der Schlußstein der einheitlichen Gesetzgebung des Reiches werden. Hüten Sie sich, daß diese Gesetze nicht auch der Leichenstein des Parlamentarismus werden.

Justizminister Dr. Leonhardt erklärt Namens der verbündeten Regierungen, daß dieselben nach Lage der Verhältnisse die Anträge Miquel nicht anfechten werden. Wenn das Haus die Anträge annehme, so sei die größte Hoffnung vorhanden, daß die verbündeten Regierungen dieser Ansicht beitreten. Falls das Haus aber die Anträge nicht annehme, so seien diese großen legislatorischen Aufgaben als gescheitert anzusehen.

Abg. v. Kardorff: Bei früherer Gelegenheit, sofern ein Kompromiß zu Stande kam, sei dieser stets, wie auch diesmal wieder, den gemäßigt liberalen Parteien zu danken gewesen. Wie jetzt, so habe auch damals die Fortschrittspartei stets die Gemäßigt-Liberalen geschmäht, hinterher sei sie aber stets zufrieden gewesen, daß noch etwas zu Stande gekommen. So werde es auch diesmal wieder kommen und deßhalb werde man sich durch die Kritik des Hrn. v. Saucken nicht abhalten lassen, den Anträgen zuzustimmen. Wenn man den Miquel'schen Anträgen zustimme, so begehe man ein Werk des Friedens und der Versöhnung. Die konservative Seite des Hauses, wenn sie den Anträgen zustimme, bringe eben so gut Opfer, wie die liberale Seite des Hauses; aber sie bringe diese Opfer willig und gern, denn sie bringe sie im Interesse des Zustandekommens dieser so wichtigen Gesetze, welche zur Rechtseinheit des deutschen Vaterlandes führen. Aus diesen Gesitspunkten werden seine Freunde und er für die Anträge des Abg. Miquel stimmen.

Abg. Reichensperger (Olpe) erblickt in dem Kompromiß nichts weiter, als ein Ergeben auf Gnade und Ungnade. (Widerspruch.) Der Kompromiß wäre weit besser zu Stande gebracht durch einen Abgeordneten, der nicht Mitglied der Justizkommission, namentlich nicht Vorsitzender derselben gewesen und so hervorragenden Antheil an den Berathungen genommen hätte. Wir wollen gute Gesetze haben und wir hätten sie erreichen können, wenn wir unsern Beschlüssen einen ernsten Nachdruck gegeben hätten. Was hat man uns nun für das Aufgeben unserer Beschlüsse für Gründe angegeben? Nichts weiter, als daß der hohe Bundesrath die Beschlüsse nicht acceptirt habe. Nach seiner Meinung bleibt dem Reichstag auch heute noch nichts anderes übrig, als frei und unbefangen die Beschlüsse zweiter Lesung zu prüfen. Nach der Praxis aller ihm bekannten Parlamente sei aber die zweite Lesung die entscheidende, während die dritte Lesung nur den Zweck habe, etwaige Irrthümer zu beseitigen. Durch die Annahme des Kompromisses gebe der Reichstag die Bedeutung eines ernsten Gesetzgebers auf. Redner führt aus, daß der Bundesrath seit 2 Jahren Gelegenheit gehabt hätte, seine Stellung klar und unzweideutig darzulegen, und beleuchtet demnächst diejenigen Beschlüsse, zu deren Aufgebung der Reichstag gewissermaßen durch „Ueberrumpelung" gezwungen werden solle. Aus den dem Reichstag gegenwärtig angesonnenen Beschlüssen wehe dem Hause ein entschieden reaktionärer Luftzug entgegen. Der preußische Justizminister würde die Gesetze ablehnen können, der preußische Ministerpräsident, der zugleich Reichskanzler sei, könne dies nicht. Fürst Bismarck habe einmal gesagt, er werde über juristische Zwirnsfäden nicht stolpern. Er sei überzeugt, daß der Reichskanzler dieses Wort wahr mache, und dann werde weder der Bundesrath, noch der preußische Justizminister widersprechen. Dies falle für ihn in die Wagschale und er zweifle daher nicht daran, daß der ernste Wille des Reichstages diesmal auch zur Geltung kommen werde.

Abg. v. Schöning. Die konservative Partei hat bei der ersten Lesung der Justizgesetze erklärt, daß sie zu dem Zustandekommen derselben mitwirken wolle. Wir haben in der ersten und in der zweiten Lesung unsere Stellung zu wesentlichen Punkten präzisirt, theils ausdrücklich, theils durch unsere Abstimmung. Es werden uns nun in der dritten Lesung Vorschläge unterbreitet, von denen wir hören, daß sie bei den Herren Antragstellern nach schweren Bedenken zu Stande gekommen sind, und es ist auch von der uns benachbarten Fraktion ausgesprochen worden, daß dort schwere Bedenken gegen die gemachten Vorschläge bestanden haben. Die Vorschläge, welche uns in dem Kompromißantrage gemacht werden, bewegen sich in allen wesentlichen Punkten auf dem Boden derjenigen Stellung, welche die konservative Fraktion zu den Justizgesetzen angenommen hat. (Hört, Hört!) Wir werden bei dieser Thatsache wenig Veranlassung haben, uns in die materielle Diskussion der einzelnen Punkte einzulassen. (Hört!) Ich konstatire vielmehr nur mit Befriedigung die Thatsache, daß das Kompromiß im wesentlichen auf dem Boden der Stellung geschlossen worden ist, die wir eingenommen haben (Hört, Hört! Bewegung) und erkläre im ausdrücklichen Auftrage meiner Freunde, daß wir das Kompromiß annehmen können. Durch das Hinzutreten unserer wenigen Stimmen rechnen wir auf das Zustandekommen der Gesetze. (Bravo!)

Abg. Dr. Lasker: Bis jetzt ist die Ausbeute der materiellen Gründe gegen die Gesetze sehr gering, namentlich bei einem Redner haben sie sich verwandelt in ein politisches Gefechtsfeld. Für einen Neuling sind solche Angriffe sehr wirksam, für einen Veteranen von unserem Schlage (große Heiterkeit) sind sie dies nicht. Wir haben alle diese Reden schon einmal gehört, bei Berathung der Verfassung, bei Festsetzung des Pauschquantums, und alle diese Worte sind wieder verweht, wie Luft. (Oho!) Niemals haben wir uns durch solche Angriffe bestimmen lassen, dem Lande einen Dienst nicht zu leisten, wenn wir dazu berufen waren. Glauben Sie nicht, daß wir gewußt haben, als wir an die Unterhandlungen herantraten, daß dieselben gegen uns ausgenutzt werden würden, namentlich bei den nächsten Wahlen? Aber wir haben früher die Verantwortlichkeit auf uns genommen und thun dies auch heute. Hr. v. Saucken spricht von den Gesetzen so, als ob er auf der Erde, und wir im Monde wären, oder umgekehrt. Rechtseinheit bedeutet für mich ebensoviel, als die idealsten Interessen der Nation. Hr. v. Saucken geht darüber wahrhaft kavaliermäßig hinweg. (Oho!) Weisen Sie uns nach, daß wir schlechte Gesetze gemacht haben, weisen Sie uns nach, daß wir der Freiheit etwas vergeben haben, und wir werden, sofern wir dies einsehen (Aha!) bereit sein, gegen unsere eigenen Anträge zu stimmen. Für so leichte Gründe, wie sie bis jetzt vorgebracht worden, sind wir unzugänglich. Man sagte: Es entspreche der Würde des Reichstages nicht, Beschlüsse, die in feierlicher Form gefaßt worden, wieder aufzuheben. „In feierlicher Form" bedeutet nichts weiter, als namentliche Abstimmung. Ich habe Ihnen bereits früher erklärt, daß wir die zweite Lesung nicht so betrachten, wie der Vorredner. Die größte Mehrheit des Hauses ist bei der zweiten Lesung der Ansicht gewesen, daß die in derselben gefaßten Beschlüsse nicht als Dogmen zu betrachten seien. Sind Sie denn wirklich so sehr erstaunt, daß die Bestimmungen über die Presse bei dem an der Spitze der Rechtsleitung stehenden Manne so anstoßen, daß dadurch das Zustandekommen der Gesetze in Frage gestellt wird! Ich bin es nicht. Die Aufrechterhaltung des Zeugnißzwanges für das Redaktionspersonal ist in der That der einzige Punkt, der eine wirkliche und schwere Konzession enthält, aber wir haben das Vertrauen zu der überwiegenden Mehrzahl der Vertreter der Presse, daß sie dieses Punktes wegen die Justizgesetze nicht aufgeben würden. Der Rechtszustand wird in Deutschland durch die Gesetze nicht verschlechtert. Der Zeugnißzwang gegen die Redakteure ist ja nur in Preußen so ausgedehnt worden. In Bayern würde man denselben kaum verstehen. Das Reich wird eine Grenze in dieser Beziehung ziehen, daß dem Einzelnen nicht mehr zugemuthet wird, als er anständiger Weise leisten kann Man kann nicht sagen, daß durch die Annahme der Gesetze der Zustand in Deutschland verschlechtert wird, während in anderer Beziehung ein außerordentlich großer Fortschritt in denselben liegt. Indem der Reder untersucht, wie die einzelnen Staaten bei den Gesetzen fortkommen, erklärt er, daß das einzige Land, welches im Kriminalprozeß Einbuße erleidet, Sachsen sei, welches dafür aber im Civilprozeß große Vortheile erhalte. Wenn dem deutschen Vaterlande, so fährt er fort, ein Schaden durch die Gesetze zugefügt wird, ich will die volle Verantwortlichkeit dafür übernehmen. (Große Heiterkeit.) Ich will aber auch an der Ehre Theil nehmen, dabei mitzuwirken, wenn für Deutschland ein vollständig neues Leben in der Rechtseinheit eröffnet wird. Es ist über die Kompromißmacherei mit viel mehr Emphase gesprochen worden, als es der Sache entspricht. Nicht zum ersten Male geschieht dies heute, es hat sich dies vielmehr bei früheren Veranlassungen zum größten Segen des Landes ebenso abgespielt, wie heute. Ich hatte sehr gewünscht, unsere bisherigen Freunde hier an unserer Seite zu sehen, ist dies aber nicht möglich, so müssen wir unsern Weg allein gehen und die Verantwortlichkeit dafür übernehmen. Nach der Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes ist gegen uns die Hetze ganz ebenso losgelassen worden, als sie in den nächsten Tagen losgelassen werden wird. Wir haben nun nicht die Ueberzeugung, daß der Reichskanzler die Justizgesetze unter allen Umständen annehmen würde, wir haben vielmehr die Ueberzeugung, daß wir an der äußersten Grenze des Erreichbaren angekommen sind. Sind denn die Justizgesetze eine so gelegentliche Arbeit? Uns liegt sehr viel daran, daß die Gesetze zu Stande kommen. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn die Gesetze diesmal fallen sollten, dann ein solcher Ansturm zu fürchten ist, daß sie sich in dieser Zusammensetzung gar nicht halten können. Es werden die heftigsten Angriffe aus lokalen Gründen erhoben werden, und es werden alle diejenigen, die heute mit einzelnen Bestimmungen nicht zufrieden sind, als Kritiker der Gesetze auftreten. Glauben Sie denn in der That, daß die Regierungen in der nächsten Session alle ihre

---

„Und haben Sie einen Verdacht?" rief Guitierrez, rasch und bestürzt zu ihm aufsehend.

„Nicht den geringsten," erwiderte der Freund, „oder ich hätte Sie schon selber darauf aufmerksam gemacht. Nein — es ist auch nicht denkbar, daß irgend Jemand mitten in der Stadt ein solches Wagniß unternommen hätte. Es muß so sein, daß er den Zug versäumte und dann, draußen an der Straße, von ein paar Strolchen aufgegriffen wurde — aber Vorsicht ist immer gut, und wir dürfen nichts versäumen, um ganz und vollständig sicher zu gehen. Kehren Sie jetzt nach Hause zurück?"

»Santissima,« sagte Guitierrez mit einem tiefen Seufzer; — „ich weiß es nicht — ich weiß auch nicht, wie ich meiner Frau entgegentreten soll, und bin auch nicht im Stande, es geheim vor ihr zu halten. Sie war ja schon beunruhigt, daß Juan nicht gestern zurückgekehrt, und wenn der heutige Abend wieder anbricht und er kommt noch immer nicht, so setzt sie sich noch viel schlimmere Dinge in den Kopf."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Widersprüche gegen die Gesetze aufgeben werden! Wir haben mit der größten Mühe nach etwa achtjähriger Arbeit drei Gesetze vereinbart und in vollständige Uebereinstimmung zwischen Reichstag und Regierungen gebracht, wir haben nirgends einen Rückschritt gethan, für Preußen dagegen im Prozeß selbst und in der Organisation Vortheile erreicht, von denen ich sagen muß, es war mir im Anfang schwer, zu glauben, daß wir sie erreichen könnten. Einige Punkte bezüglich der Presse haben wir mit der größten Energie festgehalten, aber nicht erreichen können. Dazu kommt die Wohlthat der Rechtseinheit für Deutschland und Sie haben die Gründe, welche für uns zu dem Kompromiß zwingend gewesen sind. Tadeln Sie also nicht diejenigen, welche dem Kompromiß zustimmen und dadurch glauben, ihrem Lande einen Dienst zu erweisen, die aber dafür auch die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, auch wenn sie in der nächsten Zukunft Nachtheile dadurch haben könnten. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst erklärt, daß er mit einzelnen Punkten der Gesetze einverstanden sei, mit dem Ganzen aber nicht. Deßhalb müsse er nein sagen, das Werk werde deßhalb doch fertig, wenn auch nicht vor Weihnachten 1876. Glauben Sie, Fürst Bismarck würde die Gesetze nicht annehmen, weil ihm dies oder jenes nicht gefällt, da müssen Sie den Mann schlecht kennen, ich bin der Meinung, für die Justizhoheit des Reiches würde er noch einen höheren Preis zahlen. Also: Bange machen gilt nicht. Der Redner führt demnächst aus, daß bei einem Kompromiß alle Fraktionen hätten herangezogen werden müssen. Die Unterhandlung der Regierung mit der national-liberalen Fraktion allein sei ein Auswuchs, den man nicht genug tadeln könne. Er wundere sich, daß der Abg. v. Saucken erst heute entdeckt habe, daß die national-liberale Partei eine Regierungspartei sei, er (Redner) habe diese Entdeckung schon lange gemacht. Es liege darin nichts tadelnswerthes oder unehrenhaftes, man müsse es nur offen eingestehen. Man spreche immer von der Nothwendigkeit der Bildung einer Bismarck-Partei sans phrase, die national-liberale Partei sei eine solche. Nachdem Redner eingehend die Beschlüsse beleuchtet, welche dem Zustandekommen der Gesetze geopfert werden sollen, schließt er mit der Bemerkung, daß klar und offen vor der deutschen Nation hingestellt werden müsse, um welchen Preis wir ein gutes Gesetz aufgegeben haben; Fürst Bismarck habe einst geäußert: der verlorene Augenblick im politischen Leben komme nicht wieder. Diesen Ausspruch möge das Haus beherzigen. Auch er wünsche die Reichseinheit, aber nicht auf Kosten der Rechtssicherheit und der Ehre, Freiheit und des Vermögens der Nation.

Abg. Dr. Gneist vertheidigt dagegen entschieden die von den Abgg. Miquel und Lasker empfohlenen Kompromißvorschläge. Kein Gesetz Europa's biete mehr Schutz der bürgerlichen Freiheit, als das vorliegende mit den von der Regierung gefaßten Beschlüssen. Auf die einzelnen Kompromißpunkte eingehend, die er ausführlich erläutert, sucht Redner demnächst den Nachweis zu führen, daß alle daran geknüpften Befürchtungen grundlos seien. Er bittet deßhalb um Annahme des Antrags Miquel und Gen.

Abg. Bebel: Nach meiner Meinung wäre ein großer Theil der Debatte vollständig überflüssig gewesen, wenn die Stellung des Reichstags eine solche wäre, wie sie sein sollte, d. h. wenn derselbe die Volksrechte wirklich zur Geltung bringen wollte. Vor ungefähr 200 Jahren sprach ein französischer König: der Staat bin ich; heute sagt die Regierung: der Staat sind wir; wenn die Gesetze uns nicht passen, dann weisen wir sie zurück. Der Staat als öffentlicher Träger des Rechts hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß keinem Staatsangehörigen Unrecht geschieht. Die Regierung bekämpft aber vom Parteistandpunkt aus diejenigen Beschlüsse, welche die Rechte des Volkes möglichst schützen sollen. Aus diesem Grunde sind schon eine große Anzahl Anträge von Ihnen abgelehnt, und ich bedauere, daß die Fortschrittspartei und das Centrum diese Anträge nicht von neuem gestellt haben. Ich habe ja lange genug der Berathung dieses Hauses beigewohnt, um zu wissen, was auf die Beschlüsse der zweiten Lesung zu geben ist, aber ich habe es nicht für möglich gehalten, daß der Punkt wegen des Zeugnißzwanges nochmals aufgenommen werden könnte. Wenn ein so wichtiges Moment da, wo es sich um die Schaffung eines Rechtszustandes handelt, vom Reichstage preisgegeben wird, so werden die Regierungen eine Billigung ihres Verhaltens darin finden und wir werden es erleben, daß während wir bisher nur in Preußen derartige Zustände haben, künftig auch das gesammte Deutsche Reich damit beglückt wird. Wir hoffen, daß gerade die heutigen Beschlüsse dem Volke die Augen über seine Volksvertreter öffnen werden, und wenn der Abg. Miquel auf den konstanten Willen der Nation gewiesen hat, so rechnen auch wir auf diesen konstanten Willen der Nation und hoffen, daß sie Männer, wie den Abg. Miquel, die das Recht der Nation preisgeben, ebenfalls preisgeben wird. (Der Präsident ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.)

Nachdem noch der Abg. v. Kannarowski Namens der Polen gegen die Gesetze gesprochen, wird die Generaldiskussion geschlossen und die Sitzung auf morgen 11 Uhr vertagt. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen. Schluß 5¼ Uhr.

Oesterreichische Monarchie.

✉ **Wien**, 18. Dez. Die Lage der Dinge dürfte augenblicklich folgende sein. Man glaubt eine volle Verständigung sowohl in der Friedens- als in der Reform- und Garantie-Frage zwischen den Mächten, welche sich in der Vorkonferenz berathen, erwarten zu dürfen, aber man verhehlt sich nicht, daß wenigstens in der Garantie-Frage die Pforte selbst dem geeinigten Europa gegenüber ihren abweisenden Standpunkt festhält. Unter diesen Umständen setzt man die Verständigungsarbeit nur deßhalb fort, damit Rußland, wenn auch mit der Türkei, doch mit keiner andern Macht zu brechen einen Anlaß habe; Rußland tritt eventuell nicht als Mandatar Europa's auf; es geht, wenn es vorgeht, ganz auf eigene Hand vor, aber seine Aktion befindet sich auch nicht im Gegensatz zu den Intentionen Europa's, und erst, wenn es aus dieser Aktion willkürliche Konsequenzen ziehen wollte, würde Europa wieder sich berufen fühlen, dieselben zu kontroliren.

Frankreich.

♂ **Paris**, 18. Dez. Der Finanzausschuß des Senats nahm heute den Bericht des Hrn. Bernard-Dutreil über das Budget des Ministeriums des Aeußern entgegen. Mit der großen Prinzipien-Frage, die ihn vom Abgeordnetenhause trennt, hat er sich in dieser Sitzung gar nicht beschäftigt. Man erzählt sich im Ausschusse, wie die „Estafetta" hinterbringt, daß Hr. Jules Simon am Tage vor seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten bei einem ehemaligen Arzte Ludwig Philipps mit dem Herzog von Aumale gespeist und daß dieser ihm am folgenden Morgen fünf Fasanen in's Haus geschickt hätte.

Auf dem großen Hofe der Mairie von Aix wurde gestern das Standbild Mirabeau's enthüllt. Mit der Feierlichkeit war eine Vertheilung landwirthschaftlicher Preise verbunden; des Abends gab es ein Festbankett, Galavorstellung im Theater, Beleuchtung der Stadt und ein Feuerwerk, in welchem zuletzt die Devise Vive la République! in Flammenbuchstaben strahlte. Man hatte sich von Seiten des von den Klerikalen aufgehetzten Pöbels auf feindliche Demonstrationen gefaßt gemacht, diese sind aber unterblieben.

Die Eisenbahn-Gesellschaft Paris-Lyon-Mittelmeer hat einen schweren Unglücksfall zu beklagen, der sich gestern Abend um 6½ Uhr auf einer ihrer Linien zugetragen hat. Zwischen Aix-les-Bains und Chatillon längs des Bourget-Sees stießen zwei Personenzüge auf einander; acht Personen wurden getödtet und fünfzehn verwundet. Ueber die Entstehungsart des Unglücks wird noch nichts näheres gemeldet.

C.L. Paris, 18. Dez. (Börsennachricht.) Es will noch immer keine bestimmte Tendenz zum Durchbruch gelangen. Die neue Woche beginnt so träge und unschlüssig, wie die vorige geschlossen hatte. 5proz. Rente 104.65, 3proz. 70.17½, Italiener 70.60, Türken 10.85, Egypter 245.62, span. Exterieure 14 3/16, Banque ottomane 360, Banque de Paris 1035, Foncier 645, Mobilier 151, Franco-Hollandaise 325, österreich. Bodenkredit 475, spanischer Mobilier 551, Suezaktien 662, österr. Staatsbahn 520, Lombarden 156.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 14. Dez. Ihre Maj. die Königin reiste, der vorgängigen Bestimmung gemäß, am Donnerstag den 7. d. M. nach Deutschland und traf am Montag den 11. in Heidelberg ein. Ihre Majestät hat Ihren jüngsten Sohn, den Prinzen Eugen, Herzog von Nerike, mit sich genommen.

Badische Chronik.

† Karlsruhe, 18. Dez. (Schwurgericht.) Gegen den in Mühlburg angestellten Briefträger Louis Haag von Stupferich wurde im Laufe dieses Sommers wegen Unterschlagung im Amte und Fälschung Untersuchung eingeleitet, wobei sich Folgendes ergab. Am 3. Juli erhielt der Angeklagte auf dem Postbureau 140 M. 26 Pf. mit dem Auftrag, solche dem Privatmann Harlaß auszuzahlen; er übergab am 4. Juli eine Quittung, welche arglos angenommen wurde, obwohl sowohl Ortsnamen als der Namen des Harlaß unrichtig geschrieben und Bleistiftstriche unter den Schriftzügen ersichtlich waren; in Wirklichkeit hatte Haag die Quittung selbst geschrieben und das Geld unterschlagen; um nicht sofort entdeckt zu werden, beseitigte er eine Postkarte und zwei Briefe, welche für Harlaß bestimmt waren. Durch eine spätere Reklamation des Absenders kam die Sache zu Tage; in gleicher Weise verfuhr er mit 20 Mark, welche Pfarrer Schaufler von Schluchsee zur Auszahlung an seine Schwester Frau Färber Vogel in Mühlburg der Post übergeben hatte, ferner mit drei Pensionsraten von je 24 Mark, welche für die Försters Wittwe Schelhaar in Mühlburg laut Postanweisungen vom 8. Juli, 9. Aug. und 10. Septbr. angetroffen waren; Ludwig Haag fälschte die Quittungen und behielt das Geld für sich. Bei heutiger Verhandlung wurde dieser Sachverhalt trotz dem Läugnen des Angeklagten, welcher behauptete, den Adressaten das Geld ausgefolgt zu haben, bewiesen und eine Gefängnißstrafe von einem Jahr drei Monaten ausgesprochen.

4 Mannheim, 18. Dez. In der vorgestern Abend zu Ende gegangenen Quartalsitzung des Schwurgerichts wurden 16 Anklagen gegen 27 Angeklagte erledigt. Gegen zwei Angeklagte erfolgte Verurtheilung zu Zuchthausstrafen von zusammen 6 Jahren (Brandstiftung, Verbrechen gegen die Sittlichkeit). Elf Angeklagte wurden zu Gefängnißstrafen von 4 Jahren bis hinab zu 2 Monaten, im Ganzen von 12½ Jahren verurtheilt (und zwar 1 wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode, 1 wegen Kindsmords, 1 wegen Kindsmord-Versuchs, 1 wegen schwerer Körperverletzung, 7 wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit). Bezüglich der weiteren 14 Angeklagten erfolgte Freisprechung und zwar gegen 12 Personen in dem von uns bereits mitgetheilten Falle wegen Aufruhrs u. s. w., außerdem bei einer Anklage wegen Meineids und einer Anklage wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit. Die bedauerlich große Zahl von Fällen der letztgenannten Art schloß einige Vorgänge grellster Beschaffenheit in sich, welche die sittlichen Zustände der betreffenden Landgemeinden in trübstem Lichte erscheinen ließen.

Literatur.

E.Z. Karlsruhe, 17. Dez. Wir haben vor einem Jahre in der „Karlsr. Ztg." auf eine edle und werthvolle religiöse Dichtung eines Landsmannes, des Hrn. Stadtvikar Thoma in Mannheim, aufmerksam gemacht. Es ist das dramatische Gedicht „Paulus", welches, wie es in unseren Tagen religiösen Dichtungen zu gehen pfleg', wenig gelesen und weil es nicht „berühmt" war, auch wenig „als Geschenk" gekauft wurde, um dann freilich eventuell auch wieder nicht gelesen zu werden. Unterdessen aber hat sich diese schöne dramatische Dichtung, die uns wie das Hausrath'sche Werk über die Zeitgeschichte Jesu, jene ersten Zeiten der Christenheit mit ihren glühenden Charakteren auf das lebendigste und treueste vor Augen stellt, sich eine steigende Anerkennung erworben und eine Reihe der angesehensten Blätter haben den tüchtigen Gehalt und die poetische Kraft der Dichtung lebhaft anerkannt. Wie abgeneigt auch zur Zeit viele Zeitgenossen den „Buchdramen" sind, so glauben wir doch vor der Weihnachtszeit noch einmal auf dieses auch äußerlich wohl ausgestattete Büchlein hinweisen und es bestens empfehlen zu sollen.

Nachschrift.

† Berlin, 19. Dez. (Reichstag.) Die Gerichtsverfassung wurde in der Spezialdebatte dritter Lesung nach dem Miquel'schen Kompromißvorschlag angenommen.

† **Wien**, 19. Dez. Im Abgeordnetenhaus wurde das Budget für 1877 nach den Ausschußanträgen angenommen.

† **Pesth**, 19. Dez. Das Unterhaus hat den mit Frankreich und England abgeschlossenen Handelsverträgen zugestimmt.

† **Rom**, 19. Dez. In der Deputirtenkammer interpelliren Micelli und Petrucelli die Regierung wegen der Haltung Italiens in der orientalischen Frage; Marcora interpellirt wegen Verhaftung einiger Italiener im Trentino. Der Minister Depretis erwidert: Bezüglich der orientalischen Frage könne er sich gegenwärtig nicht eingehend äußern; er beschränke sich auf die Erklärung, Italien könne den Pariser Verträgen nicht entsagen, auf deren Grund es sich mit den übrigen Großmächten in allen aufgetauchten Fragen betheiligte. Die Haltung der Regierung sei unter den gegenwärtigen Umständen bestimmt durch unser Friedensbedürfniß und unsere diplomatischen Beziehungen, ohne indeß die Pflichten der Humanität und Civilisation zu verkennen. Die Anstrengungen zur möglichsten Verbesserung des Looses der Christen werden nicht unterlassen. Der Minister hofft, die versöhnende Mission Italiens werde einen guten Erfolg haben.

Auf Marcora's Interpellation erwidert Depretis: Es handle sich um rein gerichtliche Angelegenheiten, über die er nicht genau informirt sei. Es sei sicher, daß die verhafteten Italiener nach den Landesgesetzen abgeurtheilt werden. Andernfalls werde die Regierung ihre Schuldigkeit thun. — Melegari ist noch krank. Mehrere Bischöfe suchten neuerdings direkt bei dem Ministerium um das Exequatur nach.

† **Haag**, 18. Dez., Abds. Die Erste Kammer hat mit 16 gegen 11 Stimmen das Münzgesetz für Holland verworfen und die Berathung des Münzgesetzes für Niederländisch-Indien auf unbestimmte Zeit vertagt.

† **Athen**, 19. Dez. Die Kammer genehmigte die Anleihe von 10 Millionen für extraordinäre militärische Organisation.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 19. Dez., die übrigen vom 18. Dez.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligationen	103½	Oesterr. 5% Papierrente	
Baden 5% Obligationen	103¾	Zins 4½%	—
„ 4½% „	100⅞	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	94
„ 4% „ fl.	94¾	burg 4% „ i. Thl. à 105 fr.	94
„ 4% „ M.	95¾	Rußland 5% Oblig. v. 1870	
„ 3½% Oblig. v. 1842	93	£ à 12.	—
Bayern 4½% Obligationen	100⅛	„ 5% do. von 1871	—
„ 4% „ fl.	—	Schweden 4½% do. i. Thlr.	—
„ 4% „ M.	93½	Schweiz 4½% Bern Stts obl.	—
Württemberg 5% Obligat.	103¼	N.-Amerika 6% Bonds	
„ 4½% „	—	1885r von 1865	—
„ 4% „	—	„ 5% dto. 1905r	
Nassau 4% Obligationen	95	(10/40r v. 1864)	101½
Gr. Hessen 4% Obligation.	94½	3% Spanische	13
Oesterr. 5% Silberrente		Solle französ. Rente	106
Zins 4½%	52⅝		

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	149⅞	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	51
Badische Bank	101½	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	—
Deutsche Vereinsbank	60	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	73⅛
Provinzialdiskonto	—	5% dto. „ 2. Em.	72¾
Darmstädter Bank	98½	5% dto. steuerfr. neue „	62½
Oesterr. Nationalbank	—	5% do. (Neumarkt-Ried)	63¼
Württemberg. Vereinsbank	—	5% Donau-Drau	44⅞
Oesterr. Kredit-Aktien	106⅜	5% Franz-Jos.-Prior.	—
Mitteldeutsche Kreditbank	—	5% Kronp. Rud.-Pr. v. 67/68	—
Rheinische Kreditbank	85	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	—
Basler Bankverein	—	3% östr. Nordwestb.-P. i. S.	—
Brüsseler Bank	—	5% „ „ Lit. B.	—
Berliner Bankverein	—	Vorarlberger	53½
Stuttgarter Bank	—	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	45¾
Deutsche Effektenbank	102¼	5% Ungar. Nordostb. Prior.	47½
Oesterr.-deutsche Bank	—	5% Ungar. Galiz.	50
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	—	Ungar. Eis.-Anl.	—
4½% pfälz. Maxbahn 500 fl.	114½	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	74
4% Hessische Ludwigsbahn	94⅞	3% östr Süd-Lomb.-Pr.	46½
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	—	5% österr. Staatsb.-Pr.	92⅜
5% österr. Franz Staatsbahn	205¾	3% österr. Staatsb.-Pr.	61¾
5% „ Süd-Lombarden	—	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & E,	40½
5% „ Nordwestb.-A.	—	5% Rheinische Hypotheken-	
5% Elisab.-Eisnb. à 200 fl.	—	bank-Pfandbriefe	101¾
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	—	4½% „	96¾
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	132½	6% Pacific Central	97½
5% Franz Josef-Eisenbahn	—	6% South Missouri	60⅞
Galizier	—		

Anlehensloose und Prämienanleihen.

3½% Preuß. Präm. 100 Thl.	—	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	89½
Cöln-Mindener 100-Thaler-		„ 5% 500 fl. „ v. 1860	92½
Loose	106½	„ 100-fl.-Loose v. 1864	240.—
Bayr. 4% Prämien-Anl.	120½	Ungar. Staatsloose 100 fl.	129.—
Badische 4% dto.	117⅜	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	64¼
„ 35-fl.-Loose	132.—	Schwedische 10-Thlr.-Loose	44.—
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	83.80	Finnländer 10-Thlr.-Loose	36.80
Großh. Hessische 25-fl.-Loose	154	Meininger 7-fl.-Loose	18.60
Ansbach Gunzenhaus. Loose	24.—	3% Oldenburger 40-Thlr.-L.	109⅞

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 2%	—	Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65
Paris 200 Frcs. 3%	—	Ducaten . . . „	9.60—65
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	—	20-Francs-St. . „	16.22—26
		Engl. Sovereigns „	20.33—38
Disconto . . L.S. 4½ %		Russische Imperial „	16.70—75
Preuß. Friedrichsd'or Mk.	—	Dollars in Gold „	4.16—19
Pistolen . . . . . „	16.—	Dollarcoupon „	—

Tendenz: —.

Die Schlußkurse vom 19. Dez. waren beim Abschluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Berliner Börse. 19. Dez. Kreditaktien 215.30, Staatsbahn 413.—, Lombarden 125.—, Disc. Commandit 106.20, Reichsbank 149.70. Tendenz: fest.

Wiener Börse. 19. Dez. Kreditaktien 134.10, Lombarden 78.—, Staatsbahn —.—, Anglobank 68.50, Unionbank —.—, Napoleonsd'or 10.21. Tendenz: fest.

New-York, 19. Dez. Gold (Schlußkurs) 107¾.

☞ Neuere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.

Theater in Baden.

Mittwoch, 20. Dez. **Wildfeuer**, dramatisches Gedicht in 5 Akten, von Friedrich Halm. Anfang ½7 Uhr.

Todesanzeige.

J.622. Mannheim u. Berlin. Freunden und Bekannten widmen wir die schmerzliche Mittheilung, daß unsere gute Gattin, Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante, **Magdalena,** geb. **Weisel,** im Alter von 62 Jahren uns heute unerwartet schnell durch einen sanften Tod entrissen worden ist.

Mannheim und Berlin,
17. Dezember 1876.

Schrott, Kanzleirath.
Mathilde Heß, geb. Schrott.
Heß, Geheimer Ober-Postrath.
Max Heß.
Fritz Schrott, Königl. Secondelieutenant.

Todesanzeige.

J.633. Rastatt. Tiefbetrübt machen wir die traurige Anzeige, daß unsere liebe Gattin, Mutter und Großmutter,

Katharina Bechmann,
geb. Fels,

heute Abend 6 Uhr im Alter von 65 Jahren langjährigem Leiden erlegen ist.

Wir bitten um stille Theilnahme.

Rastatt, den 18. Dezember 1876.

Bechmann, Forstinspektor, u.
Sophie Bechmann in Rastatt.
Katharine Stählin und
Gottlieb Stählin mit Kindern
in Offenburg.

Notariatsgehilfe gesucht. Gehalt bis zu 1300 M. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes. J.634. 1.

J.503. 3. Vorräthig in den Hofbuchhandlungen von **A. Bielefeld** und **G. Braun** in **Karlsruhe:**

Verlag von W. Spemann in Stuttgart

Die Erde und ihre Völker.
Friedrich von Hellwald

Ein geographisches Hausbuch.

I. Band, mit zahlreichen, echt künstlerischen Illustrationen u. Tabellen. Preis M. 12. 50., in eleg. Halbfranz-Prachtband M. 15. —.

Dieses Werk hat einen ganz ungewöhnlichen Erfolg gehabt. Schon jetzt, ehe nur der erste Band ausgegeben wurde, war für die Lieferungsausgabe eine zweite unveränderte Auflage nöthig. Es ist die erste Geographie, welche wirklich amüsant zu lesen ist. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Zu Weihnachtsgeschenken

empfehlen wir:

Ludwig Dill, Gedichte, erste Sammlung, M. 1. 75 Pf.,
derselbe, Welt und Traum, lyrische Gedichte, zweite Sammlung M. 1. 75 Pf.,
derselbe, Paul u. Therese, idyllisches Epos in zwölf Gesängen, M. 1. 60 Pf.,
derselbe, patriotische Gedichte, 70 Pf.

Sämmtliche poetische Erzeugnisse unseres vaterländischen Dichters zeichnen sich durch den Reichthum der Empfindungen, sowie durch vollendete Form ganz besonders aus.

Karlsruhe, Dezember 1876.

Th. Ulrici, Buchhandlung,
Langestrasse 157,
J.625.1. dem Museum gegenüber.

Deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Lübeck,

— errichtet im Jahre 1828. —

Nach dem letzten Jahresberichte waren ultimo 1875 bei der Gesellschaft versichert:
36,896 Personen mit einem Kapital von . . . . . M. 104.275.006,10
und M. 114.275,31 jährlicher Rente.
Bis zum 10. Juni wurden in diesem Jahre auf's Neue gezeichnet:
1501 Versicherungen zur Summe von . . . . . M. 6.409.477,00
und M. 3284,37 jährlicher Rente.
Das Gewährleistungs-Kapital betrug ult. 1875 . . . . . M. 18.776.905,16
Seit Gründung der Gesellschaft wurden für 8569 Sterbefälle gezahlt . . . . . M. 25.896.699,76

Die wiederholt ermäßigten Prämien sind fest und äußerst billig und die seit 1872 Versicherten nehmen überdies an 75 Prozent des Gewinnes der Gesellschaft Theil, ohne zur Leistung von Prämien-Nachschüssen verpflichtet zu sein.

Jede gewünschte nähere Auskunft wird bereitwilligst ertheilt,

in **Karlsruhe** von dem General-Agenten

Wilhelm Hofmann,

in Achern von Oser,
„ Adelsheim von C. Höflich,
„ Appenweier von E. Werner,
„ Baden-Baden von A. Deuchler,
„ Ballenberg von H. Adelmann,
„ Bretten von J. Bernauer,
„ Brötzingen von C. Weber,
„ Bruchsal von W. Rast,
„ Bühl von A. Lehmann,
„ Durmersheim von P. Hurrle,
„ Eberbach von A. Conrath,
„ „ „ H. Sack,
„ Endingen von C. Nadler,
„ Eppingen von A. Zydtin,
„ Ettlingen von A. Burkart,
„ Freiburg von E. Volpp,
„ Gernsbach von C. Viola,
„ Grombach von Ostermaier,
in Hardheim von C. Rapp,
„ Heidelberg von A. Frank,
„ Heidelsheim von Jb. Sandel,
„ Kälbertshausen von W. Henninger,
„ Kehl von Ernst,
„ Kuppenheim von E. Dühmig,
„ Ladenburg von Schmitthelm,
„ Lauda von M. Schmitt,
„ Lichtenau von C. Reinig,
„ Mannheim von Ph. Krug,
„ Markdorf von J. Schedler,
„ Mosbach von J. Frey,
„ Neckargemünd von J. Daub,
„ Neckarmühlbach von C. H. Eckert,
„ Neufreistett von G. Beuchert,
„ Obergimpern von A. Graulich,
„ Oberkirch von Chr. Fischer, Sohn,
in Oberrothweil von L. Wolfgang,
„ Odenheim von R. Helferich,
„ Offenburg von F. L. Bührer,
„ Pforzheim von Thomann & Eisenhut,
„ Rastatt von Jos. Keller,
„ Renchen von J. Winterhater,
„ Rothenfels von C. Bolk,
„ Sinsheim von J. Ramsperger,
„ Schwarzach von H. Reinfried,
„ Schwetzingen von G. Kraft,
„ Tauberbischofsheim von J. Schloß,
„ Waghäusel von J. Weber,
„ Waibstadt von B. Hofmann,
„ Weingarten von J. Karlein,
„ Weinheim von G. Eiermann,
„ Wiesloch von F. Meixner.

D.481.4.

J.524. 3. Karlsruhe.

Das Pianoforte-Lager

von

H. Vögelin in Karlsruhe,
Karl-Friedrichs-Straße Nr. 32,

bietet in sorgfältigster Auswahl:

Flügel, Pianino's und Tafelpiano's

aller Systeme aus den renommirtesten Fabriken.

Mehrjährige Garantie! Fabrikpreise!
Umtausch! Reparaturenwerkstätte!
Neuheiten: Kaps: Patentflügel.
Franke: Flügelpianino's mit Cellorezonanzboden.
H. Wagner, Pianino's mit Prolongement!

J.571. 1. Karlsruhe. Die so vorzüglichen

Düsseldorfer Punschsyrope

von **Joh. Ad. Roeder**
empfehle in 1/1 und 1/2 Originalflaschen

C. Daeschner,
Großh. Hoflieferant.

G.906. 5. Frankfurt a. M. **Für**

Weil's neue Patent-Häcksel-Maschine,

Pat. Fahr, werden in **Baden** tüchtige Agenten gesucht. Offerte richte man an **Moritz Weil** jun., Maschinenfabrik, **Frankfurt a. M.**

ÄCHTES

BOTOT WASSER

Einziges Zahnreinigungsmittel
von
DER ACADEMIE UND DER MEDIZINISCHEN FAKULTÄT IN PARIS GUTGEHEISEN

BOTOT'S PULVER

China Zahnreinigungsmittel

TOILETTEN-ESSIG	LE SUBLIME	TOILETTEN-WASSER
vorzügliche Qualität.	*Hält das Ausfallen der Haare sofort auf.*	*ohne jede Säure.*

Haupt Niederlage: 229, rue St-Honoré, bei der rue Castiglione PARIS. Niederlage; 18, boulevard des Italiens. **PARIS.**
In Carlsruhe Niederlage für Deutschland bei Herren WOLFF u. SCHWINDT.
Berlin: Hch. MEYER jr., 18, Krausenstrasse.

x 206.18

F. Mayer & Cie.

Grossherzogl. Hoflieferanten.

Repräsentanten von CHRISTOFLE & Cie.
Rondelplatz in Karlsruhe,

empfehlen ihre mit Neuheiten aller Art auf das Reichhaltigste ausgestattete

Weihnachtsausstellung,

als:

Orfevrerie Christofle,
Bestecke, Thee-, Café- und Tisch-Service, Candelabres, Leuchter, Tafelaufsätze etc.

Porzellan, Fayence und Majolica's,
Tisch-, Dessert-, Café- und Thee-Service, Waschtischgarnituren, Blumentöpfe, Vasen, Jardinièren, Nippsachen.

Cristall- und Glaswaaren,
Wein-, Bier- und Dessert-Service, Punschterrinen, Vasen, Deckelgläser.

Beleuchtungsgegenstände,
Lampen, Lustres, Candelabres, Wandleuchter für Petrol, Gas, Oel und Kerzen.

Kupfer- und lackirte Blechwaaren,
Caféma schinen, Theekessel, Weinkühler, Cafébretter, Brodkörbe, Eismaschinen, Tafelbürsten u. Schaufeln, Zuckerkasten.

Feine Holz- und Lederwaaren,
Reisetaschen und Necessaires, Schmuckkasten, Jardinièren, Tische, Liqueurkasten, Thee-, Cigarren- und Spielkasten.
Japanische und chinesische Lackwaaren.

Britannia-Metall,
Thee- und Café-Service, Butterdosen.

Pendulen in grosser Auswahl,
in Bronze, Marmor, Porzellan.

Kunstbronzen und Cuivre poli,
Statuetten, Gruppen, Jardinièren, Schreibtischgarnituren, Visitenkartenschaalen.

Operngläser in Elfenbein, Büffel,
Aluminium, Perlmutter und Schildpatt.

Kunst-, Luxus- und Fantasiegegenstände
und Neuigkeiten aller Art.

In unserer Porzellanmalerei werden Bestellungen auf ganze Service wie auf einzelne Gegenstände rasch und pünktlich ausgeführt. J.431. 3

Ludwig Oehl
CARLSRUHE

empfiehlt

Feinste schwarze und farbige Glacé-Handschuhe von Ziegenleder. J.551. 5.

J.612. Der rühmlichst bekannte Jugendschriften-Verlag von **Winckelmann & Söhne** in Berlin wird hiermit in empfehlende Erinnerung gebracht. Auch in diesem Jahre sind eine Reihe von Neuigkeiten erschienen, darunter ein neuer

Märchenstrauß,

der äußerst reich illustrirt, durch seine ganze Ausstattung bei billigstem Preise (3 Mark) auch den weitgehendsten Ansprüchen genügen dürfte; ferner:

Die Seherin von Shetland von G. Meusch, nach einem Romane von Walter Scott.

Gertruds Erzählungen von O. Eschenbach, für erwachsene Mädchen. Sehr eleggeb.

In jeder guten Buchhandlung liegen die Bücher zur Ansicht bereit.

Heliographe!

Apparat z. Selbstanfertig. von Photographien,

liefert ganz **vorzügliche Bilder** bis zur Grösse von Cabinet-Photographien! Ein **Jeder,** selbst **ältere Kinder,** können damit **ohne** jede **Vorkenntniss** operiren und liefert der Apparat so **klare und schöne** Photographien, wie man solche vom Photographen erhält, wesshalb speciell als Geschenk zu empfehlen! Preis **incl.** Photographischem Papier, Fixirsalz, Gebrauchsanweisung etc. **nur 10 Mark.** Versandt **nur** gegen Nachnahme oder Einsendung des Betrages. J.562. 5.

Cl. Kauffmann,
Berlin C., Annenstrasse No. 11.

Verm. Bekanntmachungen.

J.629. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die im Verkehr zwischen Rotterdam und Amsterdam einerseits und Singen, Konstanz anderseits via Emmerich, Gießen, Frankfurt a. M. bis 31. Januar 1877 bestehende Tarifmaßregel bezüglich Beförderung der Zollgüter in gedeckten Wagen zur Taxe der Klasse B unter Zuschlag der Deckenmiethe findet nunmehr bis zu gedachtem Termine auch Anwendung auf die via Venlo und via Cleve Bingerbrück-Mannheim, bezhw. Maxau gehenden Transporte.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1876.
General-Direktion.

J.630. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit dem 1. Januar 1877 wird die Station Karlsruhe Mühlburger Thor für den auf die Abfertigung von Wagenladungsgütern beschränkten Verkehr eröffnet werden.

Die Frachtberechnung erfolgt im internen und direkten Verkehr zu den für die Station Karlsruhe Bahnhof veröffentlichten Tarifsätzen.

Für den internen Gütertarif enthält der gleichzeitig erscheinende 15. Nachtrag das hierauf Bezügliche.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1876.
General-Direktion.

J.628. Karlsruhe.

Versteigerungs-Zurücknahme.

Die auf Mittwoch den 27. Dezember d. J. anberaumte Liegenschaftsversteigerung aus dem Nachlaß der verstorbenen Kaminfeger Friedrich Esse Wittwe von hier wird bis auf Weiteres zurückgenommen.

Karlsruhe, den 19. Dezember 1876.
Der Großh. Notar
Carl Philippi.

J.617. 1. Nr. 2992. Pforzheim.

Gehilfen-Stelle.

Bei diesseitiger Anstalt ist die Stelle des Kanzleigehilfen auf 1. Februar oder 1. März 1877 wieder zu besetzen.

Der Gehalt beträgt jährlich 1100 M. und kann bei befriedigenden Leistungen erhöht werden.

Bewerbungen wollen unter Vorlage von Zeugnissen spätestens am 3. nächsten Monats dahier eingereicht werden.

Pforzheim, den 18. Dezember 1876.
Direktion Großh. Heil- und Pflegeanstalt.
Fischer.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)